Lehrministers jedenfalls nicht erspart bleiben, Farbe zu bekennen; denn wenn auch sein Ressort wenig Gelegenheit gibt, politisch hervorzutreten, so kann er in nicht allzuferner Zeit berufen sein, im Ministerrate, der durch seinen Hinzutritt aus sieben Mitgliedern besteht, das Zünglein der Wage zu bilden. Vorläufig hoffen wir aber noch auf paritätische Eisenbahnwagen und interkonfessionelle Briefmarken.

Zu Referenten in dem neuen Ministerium sollen dem Vernehmen nach zunächst die Regierungsdirektoren Hauck und Nutz, Generaldirektionsrat Endres, Oberregierungsrat v. d. Schacky und andere ernannt werden. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen und der Posten werden noch während eines Uebergangsstadiums von etwa drei Jahren erhalten bleiben, nach Ablauf dieser Zeit soll für den Generaldirektor der Posten Herrn v. Ringa eine Stelle als Ministerialdirektor geschaffen werden, während Exzellenz v. Ebermayer in den Ruhestand tritt. Nach endgültiger Durchführung der Organisation soll ganz Bayern in fünf unmittelbar dem Ministerium unterstellte Eisenbahndirektionen geteilt werden (München, Nürnberg, Würzburg, Augsburg, Regensburg), die Organisation der Post bleibt unverändert mit der Maßgabe, daß die Geschäfte der bisherigen Generaldirektion an das Ministerium übergehen.

Trotz der zugestandenen Rotwendigkeit des neuen Ministeriums, so heißt es in der Korrespondenz zum Schluß, können wir ein leises Bedauern nicht unterdrücken; seine Errichtung entfernt uns wieder einen großen Schritt von dem Traume einer Reichspost und einer Reichseisenbahngemeinschaft, wir erblicken darin eine Konsolidation der bayerischen Reservatrechte, die doch auf absehbare Zeit die Möglichkeit ihrer Preisgabe ausschließt.

---

* Gegen die in unseren **Gerichtssälen** mehr und mehr einreißende Gepflogenheit, der **Presse** in souveränem Tone eine Lektion zu erteilen, wie wir das im Kwilecki-Prozeß erst wieder erleben mußten, wehrt sich nicht nur die Tagespresse, sondern auch die juristische Fachpresse. So lesen wir in der Fachzeitschrift „Das Recht“:

„Man ist mitunter versucht, zu fragen, ob es in der Tat eine gerichtliche Verhandlung sei, über welche berichtet wird, oder ob nicht vielleicht an einem ganz anderen Orte und vor Personen, für welche Prozeßvorschriften nicht bestehen, das vorgekommen sei, was als Inhalt einer Gerichtsverhandlung mitgeteilt wird. Aeußerungen über die Haltung der Tagespresse dem im Gange befindlichen Prozesse gegenüber, Mitteilungen über Zuschriften, welche eine der mitwirkenden Personen über die Sache erhalten hat, und ähnliche Dinge werden ohne Beanstandung seitens des Vorsitzenden, ja wohl gar von diesem selbst im Laufe des Verfahrens, mitunter besonders geräuschvoll, als ob es sich mehr darum als um die Schuld des Angeklagten handelte, zum Gegenstande der Erörterung gemacht, obwohl das Gesetz für solche Vorgänge keinen Raum gewährt, und obwohl alle, welche sich daran beteiligen, wissen müssen, daß sie sich dabei nicht auf gesetzlichem Boden befinden. Demgegenüber wird es der Fachpresse nicht verübelt werden können, wenn sie auf die Unstatthaftigkeit eines solchen Verfahrens hinweist, das die Würde der Verhandlung verletzt und sogar die Rechtsprechung selbst gefährdet.

Was in einer gerichtlichen Verhandlung vorkommen soll und darf, bestimmt das Gesetz und nur das Gesetz. Jede Abweichung davon ist Willkür ... Es ist zweifellos nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des Vorsitzenden, die Geschworenen vor unzulässiger Beeinflussung zu warnen, während dem Staatsanwalt eine solche nur autoritativer Stelle zukommende Aeußerung nicht zusteht; aber auch für den Vorsitzenden ist der nach § 300 St. P. O. stattfindende Schlußvortrag, welcher der Beratung der Geschworenen unmittelbar vorangeht, die Gelegenheit, eine solche Warnung zu erlassen; vorher ist sie unberechtigt und tut die Vermutung hervor, daß es sich dabei eigentlich um eine Verwarnung der Presse handle, welche dem Gerichtsvorsitzenden nicht zusteht.“

Vor allem verstößt auch jeder derartige Versuch, den Gerichtsstelle, der Presse einen Maulkorb vorzubinden, gegen den Geist der Oeffentlichkeit unseres Strafprozesses. Die wenigen Zuhörer, welche bei dem chronischen Raummangel in unseren Gerichtssälen der Verhandlung beiwohnen, bilden doch nur eine Karikatur des Prinzips der Oeffentlichkeit, das also tatsächlich nur durch die Berichterstattung der Presse gewahrt werden kann.

---

* Die letzte **Senatorwahl in Bremen,** die, wie gemeldet, am Sonnabend stattfand, brachte eine Demonstration der Linken der Bürgerschaft, wie sie in Bremen noch nicht dagewesen ist. Unser Bremer □-Korrespondent schreibt uns darüber:

Die Linke, das heißt die Klassen 3 bis 8 der Bürgerschaft, hatte seit einer Reihe von Jahren danach gestrebt, einen der Ihrigen in den Senat zu bringen, ohne daß es ihr gelungen wäre. Auch wenn die Wahl nicht an einen bestimmten Beruf, Kaufmann oder Jurist, gebunden war, wußte der Senat die Kandidaten der übrigen nicht kaufmännischen und nicht gelehrten Klassen fernzuhalten. Das ist ihm auf Grund des Wahlmodus sehr leicht gemacht. In einem sehr verzwickten Wahlverfahren stellt die Bürgerschaft zu der Senatorwahl 5 Wahlmänner, denen der Senat aber ebenfalls 5 gegenüberstellt. Die Wahlmänner des Senats sind sich den von der Bürgerschaft präsentierten Kandidaten gegenüber immer einig, das heißt, sie nehmen sie an oder lehnen sie ab, die Wahlmänner der Bürgerschaft sind aber aus allen Klassen zusammengesetzt, also nicht immer einig. So hat der Senat immer das Uebergewicht, und selbst wenn wenn die 5 bürgerschaftlichen Vertreter sich auf 3 zu präsentierende Kandidaten geeinigt haben, kann er seine 5 Stimmen entgegenstellen, und das bedeutet Ablehnung. Bei der vorletzten Wahl kam es vor, daß der Senat dreimal die von der Bürgerschaft präsentierten Kandidaten ablehnte. Das hatte schon damals böses Blut gemacht, und die Linke wartete auf eine Gelegenheit, dem Senat wieder ihre Kandidaten zu präsentieren. Der letztere suchte diese Gelegenheit bei der diesmaligen Wahl, die an keinen Beruf gebunden war, dadurch zu beseitigen, daß er das Verlangen nach einem neuen juristisch gebildeten Senator aussprach. Formell bedeutete das wohl eine Beeinflussung der Wahl, tatsächlich aber hätte der Senat auch ohnehin die Macht gehabt, jeden Nichtjuristen fernzuhalten, wenn er ihn nicht paßte. Die Linke setzte sich aber auf die Hinterfüße, protestierte in einem Schreiben an den Senat gegen solche Beeinflussung der Wahl und rüstete sich in geheimer Vorversammlung zu einer Demonstration. Gleich zu Beginn des Wahlaktes zeigten sich die Vorboten des „Sturmes“. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Wahl bis zum 1. April auszusetzen, um in der Zwischenzeit eine Abänderung der Verfassung durchzusetzen, wonach die Zahl der Senatoren auf 15 herabzusetzen wäre, wurde abgelehnt. Dann begann die Auslosung der 5 Abteilungen, die die 5 Wahlmänner zu wählen haben. Im Ratskussaale erfolgte dann die Vereidigung dieser und der 5 Wahlmänner des Senats, die die 3 Kandidaten der Linken verwarfen. Als das der wiederum vollzählig versammelten Bürgerschaft um 2 Uhr verkündigt wurde, erhob sich die Linke und verließ den Saal der Bürgerschaft. Diese aber war trotzdem beschlußfähig und schickte nun 5 Wahlmänner zur Wahl, die dem Wunsche des Senats nach einem Juristen Folge leisteten und 3 juristische Kandidaten präsentierten. Von diesen wurde dann Dr. Lürman mit erheblicher Mehrheit gewählt.

Es fragt sich, so bemerkt unser Korrespondent zu dieser Demonstration der Bremischen Linken, ob der Vorgang weitere Folgen haben wird. Will die Linke wirklich ernstliche Opposition machen, so muß sie gegen das Prinzip des jetzigen Wahlmodus selbst vorgehen, der dem Senat die Möglichkeit gibt, jeden von der Bürgerschaft gewollten Kandidaten von dem Senat fernzuhalten. Wie die Dinge jetzt liegen, werden immer nur die Kaufmannschaft und die Klasse der Gelehrten Aussicht haben, aus ihren Kreisen Senatsmitglieder zu wählen. Das ist ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand; ein anderes Wahlverfahren, das den Willen der Bürgerschaft besser zum Ausdruck bringt, wäre wohl am Platze.

Die Spaltung der unionistischen Partei Englands,

die seit der jüngsten Ministerkrise in England bereits latent vorhanden war, ist nunmehr offen zum Ausbruch gekommen. Der Grund ist natürlich die Chamberlainsche Tarifpolitik. Einer der Hauptgegner Chamberlains in der früheren unionistischen Partei, der Herzog v. Devonshire, hat angesichts der heute stattfindenden Parlamentsersatzwahlen einen Brief veröffentlichen lassen, welcher eine ungeschminkte Absage an die Politik Chamberlains enthält und den Bruch innerhalb der unionistischen Partei besiegelt. Der Herzog von Devonshire löst sich in dieser Aeußerung von allen Unionisten los, die die Chamberlainsche Politik zu der ihrigen machten, und fordert indirekt alle diejenigen, die wie er selbst denken, zur offenen Gegnerschaft gegen derartige unionistische Kandidaten auf. Der Brief lautet:

„Der Herzog von Devonshire hat mich beauftragt, den Empfang Ihres Schreibens vom 9. Dezember zu bestätigen und es auszusprechen, daß er als Präsident der unionistischen Liga für freie Nahrungsmittel der Ansicht ist, daß ein Wähler, der die Ziele dieser Liga billigt, wohl beraten sein würde, wenn er sich weigert, bei irgend einer Wahl einem unionistischen Kandidaten seine Unterstützung zu geben, der seine Sympathie mit der Politik Mr. Chamberlains und der Tarifreformliga zum Ausdruck bringt.“

Der Standard bedauert die durch den Brief des Herzogs von Devonshire endgültig vollzogene Spaltung der unionistischen Partei, mißt aber der Regierung die Schuld bei, da deutlich zu erkennen gewesen wäre, daß diese Regierung, wenn sie auch scheinbar ein Programm aufstellte, dem auch die unionistischen Anhänger des Freihandels schließlich hätten zustimmen können, in Wirklichkeit die Pläne Chamberlains unterstützt. Das Blatt sagt: „Wir können uns nicht darüber wundern, daß unter solchen Umständen der Herzog von Devonshire es nicht mehr länger für möglich hält, auch nur den Schein der Solidarität der Partei zu wahren. Obgleich die Kandidaten, die mit voller Uebereinstimmung der ungeteilten Partei ernannt waren, vorsichtigerweise anseinandersetzten, daß sie sich nur soweit verpflichten könnten, als die Vorschläge Mr. Balfours gingen, so haben sie sich doch in vielen Fällen im Verlaufe des Wahlkampfes dazu verleiten lassen, eine mehr oder weniger weitgehende Sympathie mit den Endzielen des Protagonisten von Birmingham zum Ausdruck zu bringen. Ja, es haben sogar einige Freunde Chamberlains, die sich in der verantwortlichen Stellung von Kabinettsmitgliedern befinden, und die der Verpflichtungen bewußt sein sollten, die die Erklärung des Premierministers ihnen auferlegte, sich nicht gescheut, positiv ihr Einverständnis mit dem Programm Chamberlains auszusprechen. . . . Es ist möglich, daß diejenigen, an die der Brief des Herzogs in erster Linie gerichtet ist, die unionistischen Liberalen von der orthodoxen, ökonomischen Schule sind, aber seine Worte werden auch auf konservative Wähler einwirken, deren Widerstand gegen derartige fiskalische Neuerungen . . . um nichts geringer ist. Beide streitende Parteien werden mit aufrichtigstem Bedauern die Erweiterung des Risses beobachten.“

* * *

London, 14. Dezember. (W. T. B.) Der Standard schreibt, daß Kaiser Wilhelm bei seinem ersten Erscheinen in der Oeffentlichkeit nach der jüngst erfolgten Operation die herzlichen Segenswünsche der Engländer begleiten. Das Blatt hebt hervor, der Kaiser sei im höchsten Grade einer der erfahrenen Herrscher, die eine Gewähr für die Fortdauer des Friedens bieten, und das ganze englische Volk sei aufrichtig erfreut über seine Wiederherstellung.

---

* **Eine Aeußerung des amerikanischen Kriegsministers** wird gegenwärtig von der gelben Presse Amerikas wieder gröblich entstellt. Bei einer Versammlung von Offizieren des Heeres und der Flotte, die auf den Philippinen gedient haben, sprach Kriegssekretär Root über das Zusammenwirken von Heer und Flotte und sagte unter anderem, die Zeit werde kommen, wo Amerika irgend einer auswärtigen Macht als Feinde gegenüberstehen würde, und Heer und Flotte Schulter an Schulter stehen würden für das Wohl des Landes. Nach einigen Berichten über die Rede des Kriegssekretärs Root sollte dieser gesagt haben, daß die Zeit „bald“ kommen würde, wo Amerika irgend einer auswärtigen Macht als Feinde gegenüberstehen würde. Root hat daraufhin erklärt, daß er den Ausdruck „bald“ nicht gebraucht und lediglich auf eine unbestimmte Zukunft Bezug genommen habe. Die Rede hatte, ehe diese Erklärung erfolgte, zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben.

* * *

Eine **nordamerikanische Warnung gegen Kolumbien.** Aus Washington wird gemeldet: Ein Besuch des Generals Bell, des Kommandanten des Fort Leavenworth in Washington, hat zu verschiedenen Vermutungen Anlaß gegeben. Offiziere des Generalstabs geben zu, daß der Besuch mit Generalstabsangelegenheiten in Zusammenhang steht und eine Beratung mit dem General bezüglich eines möglichen Feldzugs gegen Kolumbien zum Zweck haben könnte. Es wird angedeutet, daß wenn Kolumbien fortfahren würde, Truppen nach dem Isthmus zu senden, die Dinge damit einen Punkt erreicht haben würden, um die Entsendung von Truppen der Vereinigten Staaten jederzeit zu rechtfertigen. Bei der kolumbischen Gesandtschaft in Washington ist ein Telegramm des Oberbefehlshabers der kolumbischen Armee eingegangen, in welchem dieser mitteilt, der Spezialkommissar Reyes, der sich jetzt in Washington befindet, habe bei den Präsidentschaftswahlen am 8. d. M. gesiegt. Nach einem Telegramm aus Panama hat die Junta die Wahlen auf den 28. d. M. festgesetzt.

---

* Die **Türkei** scheint in der **macedonischen Reformfrage** sich noch immer nicht zu einer völligen Loyalität aufschwingen zu können. Von unserem Konstantinopeler ⁜-Korrespondenten erhalten wir folgendes Privat-Telegramm:

Die anberaumten Sitzungen der österreichisch-russisch-türkischen Kommission zur Beratung über die Ausführung der Reform-

---

Y. Hermann Bahr über Arthur Schnitzler. Vor wenigen Wochen wurde der akademisch-dramatische Verein in München aufgelöst, weil er einige Dialoge aus Arthur Schnitzlers Dialogbuch „Reigen“ auf die Bühne gebracht hatte. Wir haben unsere Auffassung, daß die Aufführung dieser Szenen auch in künstlerischer Hinsicht eine Geschmacklosigkeit bedeutete, niemals verhehlt, tragen aber auch kein Bedenken, die Auflösung der immerhin verdienten literarischen Vereinigung für eine nutzlose Härte zu erklären.

Inzwischen sind uns aus unserem Leserkreise so viele Anfragen über das Buch Schnitzlers zugegangen, daß es geboten erscheint, einmal ein paar Worte über das merkwürdige Werk zu sagen, damit die irrigen Ansichten, die darüber im Umlauf sind, richtig gestellt werden. Wir geben zu diesem Zwecke einige Sätze aus einer Schrift wieder, die Hermann Bahr der Statthalterei in Wien zugehen ließ, um die ihm bisher noch verweigerte Erlaubnis zu einer Vorlesung der Schnitzlerschen Dialoge zu erhalten. Der Autor des „Meister“ schreibt:

„Es hat unserer Publizistik an dem Mute gefehlt, öffentlich für das Werk Schnitzlers einzutreten. Gewiß, viele unserer Schriftsteller und Kritiker erkennen den literarischen Wert der Dichtung Schnitzlers voll an, aber in keinem Blatte ist ein Artikel für das Buch erschienen. So wurde das Werk eines Dichters totgeschwiegen, ja schlimmer als das, dem Unverstande und der Gehässigkeit preisgegeben. Durch die Vorlesung will ich den Folgen dieser Unterlassung entgegentreten und will in den Hörern die Erkenntnis erwecken oder die Ueberzeugung bekräftigen, daß es sich hier um ein literarisches Werk handelt, daß die Form des Ganzen und die Idee, die ihm zu Grunde liegt, es zu einem Kunstwerke machen, daß die heiklen Situationen, die in ihm vorkommen, nicht in den Dienst frivoler Spielerei, sondern ernster Gedanken gestellt und nicht um ihrer selbst willen, sondern aus künstlerischen Gründen mit künstlerischer Notwendigkeit behandelt sind.

Schnitzlers „Reigen“ zeigt in satirischer Form die Konsequenz davon, daß unserer Anlage nach und noch mehr unserer Gesellschaftsordnung nach das sexuelle Moment in den Mittelpunkt des ganzen Lebens gestellt ist. Schnitzler führt uns in Beispielen, die mit Absicht aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten gewählt sind, vor, wie anders der „Werbende“, wie anders der „Erhörte“ sich benimmt. Um diese Kontraste wirksam und überzeugend zu gestalten, hat sie der Dichter so nahe wie möglich zusammengerückt. Wenn man also nach einer Tendenz im vulgären Sinne in der Dichtung suchen wollte, müßte man diese geradezu als sittlich bezeichnen, und wenn die Dichtung etwa einen bestimmenden Einfluß auf den Leser oder Hörer üben sollte, so könnte dieser Einfluß nie darin bestehen, daß sie das Mädchen zur Hingebung verleitet, sondern nur darin, daß sie ihm die Notwendigkeit der Zurückhaltung nahe legt, nicht darin, daß sie den Manne anrätet, den vorgeführten Beispielen zu folgen, sondern nur darin, daß sie ihn bestimmt, zu unterlassen, was ihm als abstoßend oder lächerlich vorgeführt wurde.“

⊙ **Der Einakter Beyerleins „Der Kaufmann“,** der nach dem im heutigen Morgenblatt unserer Zeitung abgedruckten telegraphischen Bericht mit Hilfe eines ausnahmsweise freundlichen Druckfehlerteufels einen „starken“ (statt eines „halben“!) Erfolg gehabt, ist in Wahrheit kein besonderer Gewinn für die Bühne. Unser Leipziger Korrespondent schreibt uns über den Abend: Franz Adam Beyerlein, dessen Militärtragödie „Zapfenstreich“ das Repertoir des Leipziger Stadttheaters seit Wochen beherrscht, kam Sonntag Abend im Leipziger Schauspielhaus in einem Dramolett „Der Kaufmann“ zu Worte. Dieses kleine Stück brachte es nur zu einem Achtungserfolg, der lediglich aufs „Zapfenstreich“-Konto zu setzen ist. „Der Kaufmann“ bringt eine Szene aus dem merkantilen Berufsleben zur Darstellung, die in ihrer krassen Färbung mit einem durch nichts motivierten Mord endigt. Alles ist Mache, von Poesie kein Spur. Eine Exposition in plumper Weitschweifigkeit. — Großen Erfolg errang Octave Mirbeaus satirische Kleinigkeit „Der Dieb“, die in blitzender Eleganz nachweist, daß ein Dieb unter allen möglichen Berufsausübenden des Alltags seine — Kollegen antrifft.

Den Abend beschloß als Novität Schmidt-Häßlers „Herbst“, das leider nicht verstanden wurde.

⊙ **Ein gutes Weihnachtsstück** ist dem Thalia-Theater in Hamburg beschert worden. Unser Korrespondent berichtet darüber: Das Thalia-Theater hatte einen großen, vollen Erfolg mit der Aufführung des dreiaktigen Märchens „Rübezahl“ von J. Löwenberg. Die Dichtung des als feinsinniger Lyriker bekannten Hamburger Poeten steht so hoch über dem Niveau der sonstigen Märchenliteratur, die uns die Bühnen zur Weihnachtszeit zu bringen pflegen, daß ein besonderer Hinweis auf diese Märchennovität angebracht ist. Löwenberg, in seinem Beruf Lehrer, ist ein feiner Kenner der Kinderpsyche. Was er gibt, ist wirklich wieder einmal eine Märchendichtung, schlicht, einfach, tief empfunden, so recht für das Kindergemüt. Keine groben Ausstattungseffekte, keine glänzenden Ballets, nichts, was rein äußerlich das Auge blendet, ohne tiefer zu wirken. Keine Szenen, die über das Verständnis des Kindes hinausgehen, und doch wieder Szenen, die auch auf den Erwachsenen in ihrer poetischen Einfachheit wirken. Und Gott sei Dank, in dem ganzen Märchen auch nichts pädagogisch Lehrhaftes, nichts von Abschreckungsbeispielen und die allgemein moralischen Nutzanwendung, mit der sonst unsere Märchenverfasser aufzuwarten belieben. Löwenbergs „Rübezahl“ ist eine der wenigen Märchendichtungen, die literarisch gewertet werden müssen. Und laut jubelnd war der Beifall, der den Poeten am Schluß immer wieder vor die Rampe rief.

Theaterchronik. Siegfried Wagner weilt zur Zeit in Hamburg, um mit den Direktoren Bittong und Bachur und den artistischen Funktionären sich über seine neue dreiaktige Oper „Der Kobold“ zu besprechen, die im dortigen Stadttheater anfangs Januar k. J. zur Uraufführung gelangen soll.

In der zu Ehren des Pagay-Jubiläums im Residenz-Theater am Mittwoch stattfindenden Erstaufführung des Schauspiels „Crainquebille“ von Anatole France, deutsch von Theodor Wolff, ist außer dem Jubilar, der die Titelrolle spielt, nahezu das gesamte Personal dieser Bühne beschäftigt. In Szene gesetzt wurde die Novität von Direktor Sigmund Lautenburg. — Zu Ehren von Hans Pagay wird im Laufe des Monats Januar ein Bankett veranstaltet werden, für das sich ein Komitee aus den Kreisen von Freunden und Verehrern des Jubilars gebildet hat.

Helene Odilon ist jetzt aus Innsbruck in die Heilanstalt Martinsbrunn bei Meran gebracht worden.

⁜ **Der Besuch der Universität Berlin** ist in diesem Wintersemester so groß, wie er seit Bestehen der Universität niemals gewesen ist. 7503 Studenten sind immatrikuliert; das sind rund 500 mehr als im vorigen Winter. Davon zählt die theologische Fakultät, deren Besucherzahl ständig zurückgegangen ist, 331 Studenten, die juristische, die sich ständig vermehrt, 2565; die medizinische Fakultät, bei der eine Abnahme zu verzeichnen ist, hat 1198 Studierende, die philosophische 3414. Der Staatsangehörigkeit nach sind 5285 Studenten Preußen; Bayern und Sachsen entsandten je 154, Baden 107, Württemberg 90, Hessen 80, Hamburg 78, Braunschweig 66, Mecklenburg-Schwerin 58, Elsaß-Lothringen 53, Anhalt 31, Bremen 30, Oldenburg 29, Sachsen-Weimar 24, Koburg-Gotha 21, Mecklenburg-Strelitz 16, Meiningen und Lübeck je 12, Altenburg 11 rc. Das europäische Ausland ist durch 980 Studierende vertreten. Darunter sind 449 Russen, 136 Oesterreicher, 93 Schweizer, 55 Ungarn, 46 aus Großbritannien und Irland, 36 Rumänen, 23 Serben, 22 Italiener, 21 Franzosen, 20 Griechen, 18 Bulgaren, 15 Schweden und Norweger, 14 Luxemburger, 11 Holländer, 10 Spanier, 8 Türken, 7 Dänen, 3 Belgier und 2 Portugiesen. Von fremden Erdteilen kamen 204; 160 aus Amerika, 40 aus Asien, 3 aus Afrika, 1 aus Australien. Zu den Immatrikulierten kommen noch 1132 Personen, darunter 562 Frauen (40 mehr als im Vorjahr), die mit Erlaubnis des Rektors die Vorlesungen besuchen. Das gleiche Recht besitzen auch die Studierenden der anderen Berliner Hochschulen, insgesamt 6355, so daß sich für die Universität eine Zahl von 13,856 Hörberechtigten ergibt. Glücklicherweise machen bei weitem nicht alle Gebrauch von ihrem Recht; sonst würden die an sich schon beengten Räume die Menge der Hörer nicht fassen.

Was die übrigen Berliner Hochschulen betrifft, so zählt in diesem Winter die Kaiser Wilhelm-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen 318 Studierende, die Technische Hoch-